

Bewerbermemorandum



Europaweite Vergabe von TGA-Fachplanungsleistungen, Anlagengruppen 4,5 und 8 (Elektro) für die Leistungsphasen 2-3 und 5-9 für die Weiterentwicklung Lehenbachschule

im Verhandlungsverfahren mit
Teilnahmewettbewerb nach VgV

Bewerbermemorandum

Bewerbermemorandum

Inhaltsverzeichnis

1.	Gegenstand des Verfahrens	3
2.	Vergabestelle – Auftraggeber	7
3.	Formale Angaben zum Verfahren.....	7
3.1.	Art des Verfahrens.....	7
3.2.	Teilnahmeberechtigung	7
3.3.	Bewerbergemeinschaften	8
3.4.	Eignungsleihe / Unterauftragnehmer	8
3.5.	Ablauf des Verfahrens	9
3.6.	Angebotswertung	10
4.	Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)	11
4.1.	Form und Frist der Teilnahmeanträge, Einreichung	11
4.2.	Inhalte der Teilnahmeanträge, Bewerberauswahl	12
4.2.1.	Nachweis der Eignung.....	12
4.2.2.	Auswahl der Bewerber	13
4.3.	Nachforderung von Unterlagen.....	15
4.4.	Weitere Nachweise und Erklärungen.....	15
5.	Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens.....	15
5.1.	Einverständnis der Bewerber.....	15
5.2.	Fragen zum Verfahren.....	16
5.3.	Änderung und Aufhebung des Verfahrens.....	16
5.4.	Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren	17
5.5.	Tariftreue und Mindestlohn	17
6.	Vergabekammer	17
7.	Anlagen	18

Bewerbermemorandum

1. Gegenstand des Verfahrens

Die Lehenbachschule Winterbach ist eine Grund- und Gemeinschaftsschule mit zentraler Lage in der Gemeinde. Die Schule besteht aus vier Gebäuden. Der sanierte Altbau, in dessen Dachgeschoss die Ganztagsbetreuung für die Grundschulkinder untergebracht ist, das Pavillongebäude und der neue Ganztagsbau (Mensa im Erdgeschoss), der im Zuge der Einrichtung des Ganztagsbetriebs in der Sekundarstufe I erstellt wurde, bilden gemeinsam mit dem sanierten Rektoratsgebäude und dem großen Pausenhof eine campusartige Einheit. Im Zuge der demografischen Entwicklung sowie einer geänderten Nachfragestruktur hat sich der schulische Bedarf innerhalb der Gemeinde Winterbach geändert. Gemeinsam mit der Schulleitung hat die Gemeinde daher die Weiterentwicklung der Lehenbachschule initiiert.

Mit der Weiterentwicklung der Lehenbachschule verfolgt die Gemeinde Winterbach das Ziel, den Schulstandort langfristig an die zukünftigen Anforderungen einer modernen Grund- und Gemeinschaftsschule mit Ganztags- und Betreuungsangeboten anzupassen. Grundlage hierfür sind die Ergebnisse eines Strategiekonzeptes für Bildung und Betreuung sowie einer darauf aufbauenden Machbarkeitsstudie. Diese haben einen zusätzlichen Bedarf an Unterrichts-, Betreuungs-, Aufenthalts- und Mensaflächen aufgezeigt.

Aus diesem Grund soll das bestehende Gebäude erweitert, umstrukturiert und modernisiert werden. Die Maßnahmen dienen der funktionalen und baulichen Weiterentwicklung des gesamten Schulcampus und sollen die räumlichen Voraussetzungen für einen zeitgemäßen Schul- und Betreuungsbetrieb schaffen.

Die Umsetzung erfolgt im laufenden Schulbetrieb und erfordert daher eine sorgfältige planerische und organisatorische Abstimmung aller Projektbeteiligten.

Aktueller Planungsstand

Die Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume wurden bereits im Rahmen eines Vergabeverfahrens vergeben. Aufbauend auf den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie sowie den abgestimmten Anforderungen der Gemeinde, der Schulleitung und der Betreuungseinrichtungen wurde durch das beauftragte Architekturbüro ein erster Vorentwurf für die bauliche Weiterentwicklung der Lehenbachschule erarbeitet.

Der Vorentwurf konkretisiert die vorgesehenen Erweiterungs-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen und bildet die Grundlage für die Einbindung und Beauftragung der weiteren Fachplanungen. Die Fachplanung der Technischen Ausrüstung soll frühzeitig in den Planungsprozess integriert werden, um die technischen Anforderungen und Rahmenbedingungen der vorgesehenen Maßnahmen zu bewerten und die weitere Entwurfsentwicklung fachlich zu begleiten.

Zum Zeitpunkt der Ausschreibung der Fachplanungsleistungen befindet sich der Vorentwurf noch in der politischen Abstimmung. Die Beschlussfassung für den Vorentwurf durch den Gemeinderat steht noch aus und soll voraussichtlich im September 2026

Bewerbermemorandum

erfolgen. Der vorliegende Planungsstand dient daher als Arbeitsgrundlage für die weitere Planung. Änderungen und Anpassungen, die sich aus den Beratungen und Beschlüssen der kommunalen Gremien ergeben, sind im weiteren Projektverlauf grundsätzlich möglich und im Rahmen der Fachplanung zu berücksichtigen.

Die Vergabe der zu vergebenden Leistung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung bzw. Bevollmächtigung der zuständigen Gremien zur abschließenden Zuschlagsentscheidung.

Projektziel

Ziel des Vorhabens ist somit die Schaffung zusätzlicher Unterrichts- und Betreuungsflächen sowie die funktionale Neuordnung bestehender Nutzungen innerhalb des Schulcampus. Neben der Erweiterung vorhandener Gebäudestrukturen sollen bestehende Räume an die heutigen Anforderungen eines modernen Bildungs- und Betreuungsangebots angepasst werden.

Die geplanten Maßnahmen konzentrieren sich auf die Erweiterung und Aufstockung des Pavillongebäudes, die Umstrukturierung des Alten Schulhauses sowie die Optimierung der Mensa- und Küchenbereiche. Durch die Realisierung der Maßnahmen soll ein zukunftsfähiger Schulcampus entstehen, der sowohl den pädagogischen Anforderungen als auch den steigenden Nutzerzahlen gerecht wird.

Die Weiterentwicklung der Lehenbachschule erfolgt in drei aufeinander abgestimmten Bauabschnitten.

Maßnahme 1 – Erweiterung, Aufstockung und Sanierung des Pavillongebäudes

Der erste und größte Bauabschnitt umfasst die Erweiterung, Aufstockung und Sanierung des Pavillongebäudes.

Im Erdgeschoss ist eine Erweiterung des Gebäudes in westlicher Richtung vorgesehen. Hierdurch entstehen zwei zusätzliche Klassenräume mit einer Nutzungsfläche von jeweils rund 70 m².

Zur Verbesserung der Barrierefreiheit und Erschließung wird ein neuer vertikaler Erschließungskern mit Treppenanlage und Aufzug errichtet.

Darüber hinaus wird der Erweiterungsbau um ein weiteres Geschoss aufgestockt. Im Zuge dieser Maßnahme entstehen vier zusätzliche Klassenräume sowie mehrere Gruppenräume für differenzierte Lern- und Betreuungsangebote.

Parallel dazu erfolgt die Sanierung des bestehenden Pavillongebäudes einschließlich der Klassenräume, Sanitäranlagen sowie Neben- und Technikräume.

Maßnahme 2 – Umstrukturierung des Alten Schulhauses

Bewerbermemorandum

Im zweiten Bauabschnitt werden die vorhandenen Räume des Alten Schulhauses neu organisiert und an die zukünftigen Anforderungen angepasst.

Im Erdgeschoss werden neue Betreuungsräume geschaffen. Zusätzlich entstehen eine Küche mit Ausgabebereich, Personalräume sowie neue Sanitäreanlagen.

Im Obergeschoss werden Klassenräume, Gruppenräume und ein Multifunktionsraum eingerichtet. Die Maßnahme dient insbesondere der besseren Verzahnung von Schul- und Betreuungsbetrieb sowie einer effizienteren Nutzung der vorhandenen Flächen.

Maßnahme 3 – Neuordnung des Mensabereichs

Der dritte Bauabschnitt umfasst die Umgestaltung des bestehenden Mensa- und Küchenbereichs.

Hierbei werden Mensa, Schülercafé und Küche funktional neu geordnet. Ziel ist die Verbesserung der Abläufe im Verpflegungsbetrieb sowie die Anpassung der Kapazitäten an die zukünftigen Nutzerzahlen.

Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist somit die Vergabe von

- Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung der Anlagengruppen 4, 5 und 8 (Elektro) (Starkstromanlagen, Fernmelde- und informationstechnische Anlage und Gebäudeautomation) nach § 55 HOAI i. V. m. Anlage 15.1 für die Leistungsphasen 2 bis 3 und 5 bis 9.

Es ist eine stufenweise Beauftragung beabsichtigt, ein Anspruch auf Weiterbeauftragung besteht nicht.

Weitere Einzelheiten sind der beigefügten Projektbeschreibung zu entnehmen.

Die Planungsleistungen sollen gleich im Anschluss an die Beauftragung erfolgen. Die Vergabe der Bauleistungen erfolgt im Anschluss an die Durchführung der Planungsleistungen in Einzelgewerken.

Der Beginn der baulichen Umsetzung wird schnellstmöglich (Sommer 2027) angestrebt. Die Übergabe an die Nutzer soll Januar 2029 erfolgen.

Die Gemeinde Winterbach geht nach derzeitiger Planung von anrechenbaren Herstellkosten von insgesamt rund EUR 7,2 Mio. brutto (KG 200 bis 700 nach DIN 276-1:2018-12) aus. Für die Fachplanung der Technischen Ausrüstung der Anlagengruppen 4, 5 und 8 werden derzeit anrechenbaren Kosten von ca. 605.042,00 € netto angenommen.

Die Fachplanung der Technischen Ausrüstung ist ein wesentlicher Bestandteil des Gesamtprojekts und umfasst sowohl Maßnahmen im Gebäudebestand als auch die Planung der technischen Anlagen für die vorgesehenen Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen.

Bewerbermemorandum

Im Rahmen der Erweiterung und Aufstockung des Pavillongebäudes sind die elektrotechnischen Anlagen bedarfsgerecht neu zu planen und an die bestehende Infrastruktur des Schulcampus anzubinden. Hierzu zählen insbesondere die Energieversorgung, Beleuchtungsanlagen, Sicherheitsbeleuchtung, Kommunikations- und Datennetze sowie die erforderlichen Einrichtungen der Gebäudeautomation.

Darüber hinaus sind die bestehenden elektrotechnischen Anlagen in den umzubauenden Gebäudebereichen zu analysieren und an die zukünftigen Anforderungen eines modernen Schul- und Betreuungsbetriebs anzupassen. Dies umfasst insbesondere die Anpassung und Erweiterung von Unterverteilungen, Leitungsnetzen, Daten- und Kommunikationsinfrastrukturen sowie die Integration neuer Anlagenteile in bestehende Systeme.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Planung einer zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur für Unterricht, Betreuung und Verwaltung sowie der Gewährleistung eines wirtschaftlichen, energieeffizienten und betriebssicheren Anlagenbetriebs.

Die Fachplanung erfolgt in enger Abstimmung mit der Objektplanung, den weiteren Fachplanern sowie dem Bauherrn und unterstützt die zielgerichtete Entwicklung des Projekts unter Berücksichtigung der Anforderungen an Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit sowie Termin- und Kostensicherheit.

Besondere Bedeutung kommt der Planung und Umsetzung der Maßnahmen unter laufendem Schul- und Betreuungsbetrieb zu. Hierbei sind die Anforderungen an Versorgungssicherheit, Nutzer- und Betriebsschutz sowie die abschnittsweise Umsetzung der Maßnahmen zu berücksichtigen.

Für die Maßnahme stehen der Gemeinde Winterbach Fördergelder zur Verfügung. Aus diesem Grund ist die fristgerechte Erbringung der Planungsleistungen sowie die Unterstützung einer termingerechten baulichen Umsetzung sicherzustellen.

Außerdem sind im Rahmen der Projektumsetzung die Anforderungen des Nachhaltigkeitsstandards Nachhaltiges Bauen Baden-Württemberg (NBBW) zu berücksichtigen. Die Einhaltung der Fördervoraussetzungen erfordert die Bearbeitung und Dokumentation verschiedener Nachhaltigkeitskriterien über die einzelnen Planungs- und Ausführungsphasen hinweg.

Die Projektbeteiligten haben die jeweils erforderlichen Planungsgrundlagen, Berechnungen, Nachweise und Projektdaten bereitzustellen sowie die Nachhaltigkeitsanforderungen im Rahmen ihrer Leistungen zu berücksichtigen. Erforderliche Nachweise, Dokumentationen, Prüfungen und gegebenenfalls ergänzende Messungen sind im weiteren Projektverlauf mit dem Auftraggeber und den beteiligten Fachplanern abzustimmen.

Die Anforderungen des NBBW sind bei der Planung und Umsetzung des Vorhabens zu beachten und in die jeweiligen Fachplanungen zu integrieren.

Die Gemeinde Winterbach wird in weiteren – separaten und zeitgleichen – Vergabeverfahren zudem folgende weitere Planungsdisziplinen europaweit ausschreiben:

Bewerbermemorandum

- Fachplanungsleistungen Tragwerksplanung nach § 51 HOAI i.V.m. Anlage 14.1 für die Leistungsphasen 1 bis 6.
- Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung der Anlagengruppen 1 bis 3 (Abwasser- und Gasanlagen, Wärmeversorgungsanlagen, Lufttechnische Anlagen) nach § 55 HOAI i. V. m. Anlage 15.1 für die Leistungsphasen 1 bis 3 und 5 bis 8.

2. Vergabestelle – Auftraggeber

Vergabestelle und Auftraggeber ist die Gemeinde Winterbach.

Die Gemeinde Winterbach wird in den Vergabeunterlagen gleichbedeutend auch als „Auftraggeber“ oder „Vergabestelle“ bezeichnet. Die Bewerber/Bieter werden gleichbedeutend auch als „Auftragnehmer“ bezeichnet. Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als „Vertragspartner“ bezeichnet.

Die Gemeinde Winterbach wird in diesem Verfahren unterstützt von der Zentralen Vergabestelle der Stadt Schorndorf.

3. Formale Angaben zum Verfahren

3.1. Art des Verfahrens

Aufgrund des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden Leistungen erfolgt die Vergabe europaweit in einem Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach den Regelungen des GWB sowie der VgV.

Das Verfahren wurde dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU zur europaweiten Bekanntmachung übersandt und im Supplement des Amtsblatts der EU veröffentlicht.

Die Vergabebekanntmachung ist auf der Homepage <http://ted.europa.eu> abrufbar.

Zusätzlich ist die Vergabebekanntmachung auch auf der Homepage der Stadt Schorndorf www.schorndorf.de, der Gemeinde Winterbach www.winterbach.de/startseite sowie auf www.dtyp.de und www.bund.de abrufbar.

3.2. Teilnahmeberechtigung

Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen, die die in der Vergabebekanntmachung und den Teilnahmeunterlagen geforderte Eignung aufweisen sowie Bewerbergemeinschaften, die die Eignungsanforderungen erfüllen.

Beteiligt sich ein Unternehmen mehrfach – sei es als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder Unterauftragnehmer – an diesem Vergabeverfahren, so kann dies

Bewerbermemorandum

zum Verfahrensausschluss aller Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. als Unterauftragnehmer vorgesehen ist, führen.

3.3. Bewerbergemeinschaften

Unternehmen können sich für die Teilnahme an diesem Verfahren zu Bewerbergemeinschaften zusammenschließen. Bewerbergemeinschaften stehen Einzelbewerbern gleich.

Eine nachträgliche Bildung von Bewerbergemeinschaften nach Ende der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags ist nicht zulässig.

Bewerbergemeinschaften haben eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in welcher sie die Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft darstellen, einen bevollmächtigten Vertreter der Bewerbergemeinschaft benennen und erklären, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

3.4. Eignungsleihe / Unterauftragnehmer

Ein Bewerber kann zum Nachweis seiner Eignung (wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe).

Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach der europaweiten Vergabebekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen. Werden die vorstehend dargestellten Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder liegen Ausschlussgründe gemäß § 123 Abs. 1 bis 4 GWB vor, so ist das Unternehmen auf Aufforderung der Vergabestelle innerhalb einer von dieser vorgegebenen Frist zu ersetzen. Liegen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB vor, so kann die Vergabestelle verlangen, dass der Bewerber das Unternehmen ersetzt.

Nicht eignungsrelevante Unterauftragnehmer sind mit dem Teilnahmeantrag noch nicht zu benennen.

Bewerbermemorandum

3.5. Ablauf des Verfahrens

Das Verhandlungsverfahren wird in zwei Phasen durchgeführt:

Phase 1 – Teilnahmewettbewerb:

Interessierte Unternehmen sind in der derzeit stattfindenden Phase 1 zur Beteiligung am Teilnahmewettbewerb aufgefordert. Auf der Grundlage der unter Ziffer 4.2.2 dargestellten Vorgehensweise werden unter allen grundsätzlich geeigneten Bewerbern im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs mindestens 3 und maximal 5 ausgewählt, die zur Abgabe eines (verbindlichen) Angebots aufgefordert werden.

Phase 2 – Angebots- und Verhandlungsphase:

Die weiteren Vergabeunterlagen werden den im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten und zur Abgabe eines ersten (verbindlichen) Angebots aufgeforderten Bewerbern zeitgleich zur Verfügung gestellt. Der geforderte Inhalt der Angebote ist in den Vergabeunterlagen dargestellt. Neben einem Honorarangebot umfasst dies auch ein Konzept zur Herangehensweise an die Aufgabenstellung, sowie ein Personalkonzept.

Die Bieter haben ihre Konzepte im Rahmen einer Bieterpräsentation vorzustellen.

Die ersten Angebote werden auf Grundlage der Zuschlagskriterien bewertet. Auf dieser Grundlage wird ein Bierranking erstellt. Das erste Angebot muss bereits verbindlich sein.

Die Vergabestelle behält sich vor, bereits auf das erste Angebot den Zuschlag zu erteilen. Die Vergabestelle behält sich weiter vor, im Rahmen des an die erste Wertung anschließenden Verhandlungsverfahrens sukzessive weniger gut platzierte Bieter auszuscheiden, nur mit einzelnen, anhand der Wertung besser platzierten Bietern in (weitere) Verhandlungen zu treten und Endverhandlungen nur mit einem Unternehmen zu führen.

Sofern eine Bieterpräsentation vorgesehen ist, behält sich die Vergabestelle zudem vor, lediglich die nach der ersten Wertung besser platzierten Bieter zur Präsentation aufzufordern. Ein Anspruch sämtlicher Bieter auf Teilnahme an der Bieterpräsentation besteht nicht.

Die Vergabestelle behält sich auch vor, das erste und die ggf. folgenden Verhandlungsgespräche im Rahmen einer Videokonferenz durchzuführen.

Nach ggf. erfolgter Durchführung der Verhandlungen sowie Prüfung und Wertung der Angebote wird dem auf Grundlage der Zuschlagskriterien wirtschaftlichsten Angebot der Zuschlag erteilt.

Bewerbermemorandum

Für das gesamte Verfahren ist folgender – unverbindlicher – Terminplan vorgesehen:

14. Juli 2026:	Ende der Teilnahmefrist 09:15 Uhr
17. Juli 2026:	Aufforderung zur Abgabe eines ersten Angebots (Angebotsfrist 2 Wochen, vgl. § 17 Abs. 7 VgV)
29. Juli 2026:	Ende der Frist zur Erstellung des ersten Angebots
30. Juli, 31. Juli und ggf. 03.08.2026:	Bieterpräsentation und ggf. Verhandlungsgespräch (wir bitten um Vormerkung des Termins)
August 2026:	Angebotswertung; anschließend Zuschlagserteilung auf das erste verbindliche Angebot oder Verhandlungsgespräche (sowie Aufforderung zur Angebotsüberarbeitung)
Mitte/Ende August 2026:	Verfahrensabschluss und Beauftragung

Aufgrund des engen zeitlichen Rahmens wird um besondere Beachtung der Vollständigkeit der einzureichenden Teilnahmeanträge gebeten. Die genannten Termine sind unverbindlich. Den zur Angebotsabgabe ausgewählten Bewerbern werden die genauen Termine mit Aufforderung zur Angebotsabgabe gesondert mitgeteilt.

3.6. Angebotswertung

Die Bewertung der Angebote in Phase 2 und damit die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt gemäß den nachfolgenden Kriterien:

Kriterium	Gewichtung in %	Gewichtung in Punkten
1. Honorar	30	300
2. Konzepte	70	700
2.1 Konzept zur Herangehensweise	40	400
2.2 Qualifikation und Erfahrung des Projektteams, sowie Personalkonzept	30	300
Gesamtpunktzahl	100	1.000

Bewerbermemorandum

Die für die Angebotsphase ausgewählten Bieter erhalten nähere Informationen zu den Zuschlagskriterien. Die Vergabestelle behält sich eine geringfügige Modifikation der Zuschlagskriterien vor.

4. Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)

4.1. Form und Frist der Teilnahmeanträge, Einreichung

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags stellt die Vergabestelle das in der Anlage 1 beigefügte **Teilnahmeformular** zur Verfügung.

Die Teilnahmeanträge sind einschließlich der jeweils geforderten Unterlagen ausschließlich elektronisch in Textform (§ 126b BGB) über das Online-Vergabeportal unter folgenden Link

<https://www.dtv.de>

(nachfolgend als E-Vergabe-Portal oder „Vergabeplattform“ bezeichnet) bis spätestens

14. Juli 2026 09:15 Uhr elektronisch zu übermitteln.

Unter <https://support.cosinex.de/unternehmen/> ist eine Anleitung für Unternehmen enthalten, in der Funktionen und die Nutzung des E-Vergabe-Portals beschrieben sind. Weiter sind auch Video-Tutorials erhältlich, welche die Nutzung des E-Vergabe-Portals erläutern.

Weiter sind auch Video-Tutorials erhältlich, welche die Nutzung des E-Vergabe-Portals erläutern.

Die Dateien müssen im Dateiformat „PDF“ eingereicht werden.

Die Übermittlung des Teilnahmeantrags erfolgt über den Menüpunkt „Teilnahmeanträge“. Dort wird das kostenlose „Bietertool“ bereitgestellt, welches eine separate Installation erfordert.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Teilnahmefrist die Übermittlung des Teilnahmeantrags (mindestens 24 Stunden vor Ablauf der oben genannten Teilnahmefrist) zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang finden Sie unter www.dtv.de weitergehende Informationen und Kontaktmöglichkeiten zum Support der Vergabeplattform. Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Abgabe des Teilnahmeantrags grundsätzlich keine Auskünfte erteilen.

Anderweitig auf elektronischem oder postalischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge, wie z.B. per Telefax oder E-Mail, sind nicht zugelassen.

Bewerbermemorandum

4.2. Inhalte der Teilnahmeanträge, Bewerberauswahl

4.2.1. Nachweis der Eignung

Im Teilnahmeantrag ist die Eignung gemäß den Vorgaben in der EU-weiten Vergabebekanntmachung nachzuweisen. Die vorzulegenden Erklärungen und Nachweise ergeben sich aus den Vorgaben des Teilnahmeformulars (Anlage 1 zu diesem Bewerbermemorandum).

Die Eignung ist für jeden Bewerber bzw. – bei Bewerbergemeinschaften – jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt.

Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzulegen.

Zum Nachweis der Eignungsanforderungen ist das ausgefüllte Teilnahmeformular inklusive der dort aufgeführten Anlagen oder eine entsprechend der Vorgaben ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung vorzulegen.

Der Bieter hat insgesamt 2 Mindestreferenzen einzureichen.

Wie aus der EU-Bekanntmachung ersichtlich, sind folgende **Mindestreferenzen nachzuweisen:**

- **TGA- Fachplanungsleistungen, Anlagengruppen 4,5 und 8 (Elektro)**

Vorlage von zwei Referenzen über die Erbringung von Fachplanungsleistungen, Anlagengruppen 4,5 und 8 (Elektro) nach § 55 HOAI i.V.m. Anlage 15.1 für den An- und Umbau oder der Sanierung einer Bildungseinrichtung (Schule, Hochschule, Universität) oder eines sonstigen öffentlichen Gebäudes mit anrechenbaren Herstellkosten von mindestens 200.000 EUR netto (KG 440, 450 und 480).

Bei dem Referenzprojekt müssen die Leistungen der Leistungsphasen 2-3 und 5-8 nach HOAI erbracht worden sein. Die Inbetriebnahme und Abnahme muss in den letzten zehn Jahren (frühestens 1. Januar 2015) und bis zum Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt sein.

Hinweise:

Die geforderte Mindestreferenzen sind von Bewerbergemeinschaften nur einmal vorzulegen.

Bewerbermemorandum

Referenzprojekte aus dem privaten oder gewerblichen Hochbau werden bei der Bewertung der Mindestreferenzen nicht berücksichtigt.

4.2.2. Auswahl der Bewerber

Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert werden, erfolgt in einem dreistufigen Verfahren.

Stufe 1:

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen. Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

Stufe 2:

Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Stufe 3:

Schließlich wird für den Fall, dass mehr als drei und maximal fünf grundsätzlich geeignete Unternehmen sich beworben haben, unter den Bewerbern anhand der beiden eingereichten Mindestreferenzen beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern mit Blick auf die zu erbringende Leistung besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll.

Im Rahmen der Auswahlentscheidung können mit den beiden Referenzen maximal 30 Punkte (max. 15 Punkte je Mindestreferenz) erzielt werden.

Für den bewerberübergreifenden Vergleich sind folgende Kriterien maßgeblich:

Mindestreferenz 1 „TGA- **Fachplanungsleistungen Elektro**“:

Kriterium „Gebäudeart“

An- und Umbau oder Sanierung eines sonstigen öffentlichen Gebäudes	1 Punkt
--	---------

An- und Umbau oder Sanierung einer Kindertagesstätte	3 Punkte
--	----------

Bewerbermemorandum

An- und Umbau oder Sanierung einer Schule, Hochschule, Uni	5 Punkte
--	----------

Kriterium „Deckungsgrad der Referenzleistung mit der vorliegenden Planungsaufgabe“

Baumaßnahme erfolgte im laufenden Betrieb mit Interimsmaßnahmen	5 Punkte
---	----------

An- und Umbau/Sanierung mit wesentlichen baulichen Änderungen	5 Punkte
---	----------

Summe	15 Punkte
--------------	------------------

Mindestreferenz 2 „**TGA-Fachplanungsleistungen Elektro**“:

Kriterium „Gebäudeart“

An- und Umbau oder Sanierung eines sonstigen öffentlichen Gebäudes	1 Punkt
--	---------

An- und Umbau oder Sanierung einer Kindertagesstätte	3 Punkte
--	----------

An- und Umbau oder Sanierung einer Schule, Hochschule, Uni	5 Punkte
--	----------

Kriterium „Deckungsgrad der Referenzleistung mit der vorliegenden Planungsaufgabe“

Baumaßnahme erfolgte im laufenden Betrieb mit Interimsmaßnahmen	5 Punkte
---	----------

An- und Umbau/Sanierung mit wesentlichen baulichen Änderungen	5 Punkte
---	----------

Summe	15 Punkte
--------------	------------------

Summe beider Referenzen	30 Punkte
--------------------------------	------------------

Bewerbermemorandum

Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter überschritten wird, entscheidet das Los.

4.3. Nachforderung von Unterlagen

Die Vergabestelle behält sich vor, von den Bewerbern die Nachreichung, Vervollständigung und/oder Korrektur von Unterlagen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen zu verlangen. Werden Unterlagen nicht fristgemäß nachgereicht, vervollständigt oder korrigiert, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

4.4. Weitere Nachweise und Erklärungen

Bewerbergemeinschaften haben zudem eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der

- die Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft plausibel dargestellt ist,
- der für die Durchführung des Verfahrens bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Bewerbergemeinschaft gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt,
- erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen, und
- erklärt wird, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

5. Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens

5.1. Einverständnis der Bewerber

Jeder am Verfahren beteiligte Bewerber erklärt sich durch seine Beteiligung und Mitwirkung mit den vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden. Verlautbarungen jeder Art über Inhalt und Ablauf des Verfahrens vor und während der Laufzeit des Wettbewerbs sowie des ggf. anschließenden Vergabeverfahrens einschließlich der Veröffentlichung aller Ergebnisse dürfen nur durch die Vergabestelle und ihre Bevollmächtigten abgegeben werden.

Jeder Bewerber willigt durch seine Beteiligung am Verfahren ein, dass seine personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren in Form einer automatisierten Datei geführt werden. Eingetragen werden Name, Vertreter, Anschrift,

Bewerbermemorandum

Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht.

Jeder Bewerber hat mit Übersendung von Unterlagen im Teilnahmewettbewerb bzw. in den nachfolgenden Vergabeverhandlungen diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bewerbers daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

5.2. Fragen zum Verfahren

Interessenten haben die Möglichkeit, auf den Teilnahmewettbewerb bezogene Rückfragen zu diesem Vergabeverfahren unter der Angabe der Vergabenummer per E-Mail bis zum **03. Juli 2026 (Eingang)** an

vergabestelle@schorndorf.de

oder mittels Vergabeplattform <https://www.dtv.de/>

zu stellen.

Bitte beachten Sie:

Antworten zu rechtzeitig eingehenden Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Unterlagen, welche sämtliche Interessenten und Bewerber im Verfahren betreffen, werden über die Vergabeplattform im jeweiligen Projektraum www.dtv.de zur Verfügung gestellt.

Bieterfragen, die Betriebsgeheimnisse oder Inhalte von entwurfsspezifische Konzepten offenbaren würden, müssen als „Individuelle Bieterfrage“ gekennzeichnet werden, so dass diese nicht sämtlichen Bietern zur Verfügung gestellt werden.

Bewerber müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrags prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

Verbindlicher Bestandteil der Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb werden die auf der Vergabeplattform veröffentlichten Antworten und Informationen.

Mündliche Auskünfte und Erklärungen haben keine Gültigkeit.

5.3. Änderung und Aufhebung des Verfahrens

Die Vergabestelle behält sich vor, den Teilnahmewettbewerb zu jedem Zeitpunkt zu modifizieren oder durch einfache Mitteilung zu beenden, insbesondere dann, wenn nicht genügend qualifizierte Bewerbungen eingehen. Im Falle der Beendigung des Verfahrens

Bewerbermemorandum

während des Teilnahmewettbewerbs sind Ansprüche gegen die Vergabestelle ausgeschlossen.

Bewerber, die ihre Bewerbungsunterlagen im Verlauf des Verfahrens ganz oder teilweise publizieren oder Dritten ohne Einverständnis der Vergabestelle aushändigen, können vom Verfahren ausgeschlossen werden.

5.4. Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren

Für das Bearbeiten und Erstellen der Teilnahmeanträge, sowie der Angebote wird den Bietern keine Entschädigung gewährt.

5.5. Tariftreue und Mindestlohn

Am 1. Juli 2013 ist das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) in Kraft getreten. Danach dürfen öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Auftragswert von EUR 20.000,00 (netto) nur an Unternehmen vergeben werden, die sich in Phase 2 des Verfahrens bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, die Tariftreuepflichten nach § 3 LTMG zu erfüllen und die Zahlung des Mindestentgelts nach § 4 LTMG zu gewährleisten.

Bei der Angebotsabgabe ist eine schriftliche Verpflichtungserklärung des Bieters gemäß § 3 Abs. 1 bis 3 (Tariftreueerklärung) sowohl für den Bieter als auch für die Nachunternehmen und Verleihunternehmen, die der Bieter bei der Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen einbinden möchte, abzugeben.

Ein Formblatt für die Erklärung gemäß § 19 Abs. 3 MiLoG ist im Teilnahmeformular enthalten und bereits mit Einreichung des Teilnahmeantrags abzugeben.

6. Vergabekammer

Für Nachprüfungsverfahren zuständige Stelle:

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
Kapellenstrasse 17

76131 Karlsruhe

Telefax: +49 721 926-3985

Bewerbermemorandum

7. Anlagen

Folgende Unterlagen werden vorgelegt:

A. Stufe 1 Teilnahmewettbewerb

- 01 Teilnahmeaufforderung
- 02 Bewerbermemorandum - dieses Dokument -
- 03 Teilnahmformular
- 04 Erklärung nach DSGVO
- 05 Projektbeschreibung